

**Weitere Vermehrung des Notenumlaufes.  
Neue Ansprüche der österreichischen Staats-  
verwaltung an die Bank.**

Wien, 3. Mai.

Die Staatsschulden-Kontrollkommission hat gestern eine Sitzung abgehalten. Wie verlautet, wurde in dieser Sitzung bekannt, daß die österreichische Finanzverwaltung neuerdings Ansprüche an die Notenbank gestellt hat. Es sollen wieder zwei Darlehen im Betrage von beiläufig je 950 Millionen Kronen aufgenommen worden sein. Da Ungarn keine entsprechende Quote in solchen Fällen, auch wenn es keinen Geldbedarf hat, zu beziehen pflegt, so ergibt sich daraus, wie groß die Ueberschreitung des Notenumlaufes über den zuletzt vom ungarischen Finanzminister genannten Betrag von 20 $\frac{1}{2}$  Milliarden Kronen geworden ist.

Die Staatsschulden-Kontrollkommission hat in einem früheren Zeitpunkte auf Grund ihrer Verpflichtung, dem Reichsrate ihre Wahrnehmungen mitzuteilen, aus ähnlichem Anlasse den Sachverhalt dem Abgeordnetenhaus bekanntgegeben. Es ist daher anzunehmen, daß eine Mitteilung dieser Art auch diesmal ausgegeben werden dürfte. Die Vertagung des Abgeordnetenhauses wird nur die Folge haben, daß die Mitteilung der Staatsschulden-Kontrollkommission vielleicht in einer anderen Weise verlautbart werden wird.

Die Ursache der neuen Ansprüche an die Bank soll, wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, aus den militärischen Anforderungen hervorgegangen sein.